



Änderungsantrag

der Abgeordneten **Florian Köhler, Oskar Lipp, Johannes Meier** und **Fraktion (AfD)**

**Haushaltsplan 2024/2025;
hier: Infrastruktur Elektromobilität
(Kap. 07 03 TG 98)**

Der Landtag wolle beschließen:

In Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 werden folgende Änderungen vorgenommen:

In Kap. 07 03 wird der Ansatz der TG 98 (Infrastruktur Elektromobilität) für das Jahr 2024 von 15.600,0 Tsd. Euro um 15.600,0 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

In Kap. 07 03 wird der Ansatz der TG 98 (Infrastruktur Elektromobilität) für das Jahr 2025 von 10.600,0 Tsd. Euro um 10.600,0 Tsd. Euro auf 0 Euro gekürzt.

Die eingesparten Mittel werden zur Erhöhung von bestehenden Ansätzen oder zur Finanzierung neuer Vorhaben im Entwurf des Haushaltsplans 2024/2025 an anderer Stelle verwendet.

Begründung:

Seit 2017 hat die Staatsregierung bereits über 35,7 Mio. Euro ausgegeben. Bis 2025 plant sie weitere 15 Mio. Euro auszugeben. Die Streichung der Ausgaben der Staatsregierung für Infrastruktur im Bereich der Elektromobilität ist aus mehreren Gründen dringend geboten. Erstens sind Subventionen für die Elektromobilität und Ladestelleninfrastruktur in Deutschland eine Verschwendung der Steuergelder. Mit 22 Cent pro kWh (2022) und 17,5 Cent pro kWh (2040) sind und bleiben die Stromgestehungskosten von Batteriespeichern nicht konkurrenzfähig (Imperial College London). Seit dem Auslaufen der staatlichen Förderung sind seit Anfang 2024 die Verkaufszahlen von E-Autos in Deutschland eingebrochen (Destatis). Mit 37 Cent pro kWh ist E-Mobilität auch teurer als Benzin (umgerechnet 21 Cent pro kWh) und Diesel (umgerechnet 18 Cent pro kWh) (Autobild). Immer mehr führende Manager der deutschen Automobilindustrie reden vom Scheitern der E-Auto-Wende und der Renaissance des Verbrennungsmotors (Auto, Motor, Sport), dessen Verbot auch auf EU-Ebene gekippt werden soll. Mit den erwarteten Strommixen in 2025 und 2035 wird ein E-Auto in Deutschland während seinem Lebenszyklus mehr CO₂ ausstoßen als ein Verbrenner-Auto (Tech for Future). Und mit 300 bis 400 kg pro Batterie (480 km Reichweite) haben E-Autos einen immensen Ressourcenverbrauch von strategischen Mineralien (Congressional Research Service). Zudem ist die einseitige Förderung einer einzigen Antriebstechnologie eine technologie-verschlossene Planwirtschaft, die die Innovationsvielfalt einschränkt. Angesichts dieser Umstände ist es vernünftig, die Ausgaben für Infrastruktur im Bereich der Elektromobilität in Bayern einzustellen und die Mittel stattdessen für sinnvollere Investitionen zu verwenden.